

LUKAS HERMSMEIER

UPRISING

AMERIKAS

NEUE LINKE

»Das Bemerkenswerte an dieser atemberaubend
geschriebenen Analyse der amerikanischen Gegenwart:
Man begreift nicht nur die USA viel besser – sondern auch
Deutschland.« *Samira El Ouassil*



Klett-Cotta

LUKAS HERMSMEIER

UPRISING

AMERIKAS

NEUE LINKE

»Das Bemerkenswerte an dieser atemberaubend
geschriebenen Analyse der amerikanischen Gegenwart:
Man begreift nicht nur die USA viel besser - sondern auch
Deutschland.« *Samira El Ouassil*



Impressum

Dieses E-Book basiert auf der aktuellen Auflage der Printausgabe.

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

© 2022 Lukas Hermsmeier

© 2022 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung

Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung einer Abbildung von Lukas Hermsmeier

Gesetzt in den Tropen Studios, Leipzig

Gedruckt und gebunden von CPI - Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-98436-1

E-Book ISBN 978-3-608-11852-0

Bibliografische Information der Deutschen

Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese

Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;

detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Einleitung

1 Amerikas neue Linke

2 Occupys Erbe

3 Visionen der Schwarzen Bewegung

4 Sozialistischer Realismus

5 Land zurück

6 Abolitionismus

7 Klasse und Care

8 Über den Green New Deal hinaus

9 Staatsfeind*innen

10 Zwischen Bewegung und Parlament

Schluss

Anmerkungen

Danksagung

Lukas Hermsmeier

UPRISING

Amerikas neue Linke

Klett-Cotta

Für meine Eltern und Natasha

Einleitung

Für einen Moment schien die Polizei fast bedeutungslos, zurückgelassen, überflügelt. Mehrere Hundert Menschen hatten sich den Weg von der Flatbush Avenue auf die Manhattan Bridge gebahnt, vorbei an Beamt*innen mit gezückten Schlagstöcken und Handfesseln aus Plastik. Manche Protestler*innen jaulten vor Freude, andere rannten und hüpfen auf den ersten Metern, irgendwo musste die Energie hin. »Black Lives Matter« und »Defund the Police« las man auf den Plakaten, wobei die Slogans eine halbe Stunde nach Beginn der Ausgangssperre zweitrangig waren. Die Brücke war jetzt *ihre*, eine kurze Demonstration kollektiver Macht.

Die Autofahrer*innen hupten, aber nicht, weil sie auf unabsehbare Zeit stillgelegt waren, sondern aus Solidarität. Ein Auto nach dem nächsten, spontaner Überschwang. In Erinnerung ist mir vor allem ein Fahrer geblieben, den wir nach rund zwei Minuten passierten. Der Mann, ein vielleicht Anfang 20-jähriger Afroamerikaner mit Beanie und hellblauer Schutzmaske, hatte den Motor ausgestellt und sich aufgerichtet, sodass sein Oberkörper aus dem Dach seines schwarzen Kleinwagens ragte. Er streckte die rechte Faust Richtung Himmel, ganz still, mit ernstem Blick, nahezu stoisch. Ich weiß nicht, woher er kam, wohin er wollte, was er dachte, aber er machte den Eindruck, als käme ihm die Unterbrechung gerade recht.

Wirklich planbar waren die Abende im Juni 2020 sowieso nicht mehr.

Eine Woche war seit dem Mord an George Floyd durch einen weißen Polizisten vergangen, eine Woche Ausnahmezustand. Erst hatten die Menschen in Floyds Stadt Minneapolis die Straßen in Beschlag genommen, schnell sprangen die Demonstrationen und Ausschreitungen aufs ganze Land über. Bis zu 26 Millionen Amerikaner*innen beteiligten sich an den Protesten, die gegen Rassismus und Polizeigewalt gerichtet waren, aber auch ganz grundsätzlich gegen einen Staat, der seine Bürger*innen systematisch verkümmern lässt. Nachdem die pandemischen Städte monatelang wie betäubt wirkten, waren die Straßen plötzlich wieder voll. Statuen wurden gekippt, Plätze besetzt, neue Bündnisse geformt. Das öffentliche Leben wurde reaktiviert, anders zwar, weil das Virus ja weiter in der Luft lag, aber gerade deshalb mit einem verstärkten Gefühl für die Gemeinschaft. Die Protestler*innen marschierten mit bedeckten Gesichtern, reichten sich gegenseitig Desinfektionsmittel. Am Straßenrand wurden selbst genähte Masken, Getränke und Essen verteilt. Den Leuten, die die Straßen, Brücken und Autobahnen einnahmen, ging es nicht nur um Krisenbewältigung und die Negierung des Status quo, sondern auch darum, neue politische Ansprüche zu formulieren.

»Care Not Cops« war ein oft gehörter Ruf dieser Wochen, Fürsorge statt Polizei – gleichermaßen eine Forderung und Inkraftsetzung. Die Gesellschaft könnte umsichtiger organisiert sein, wenn die Menschen die Möglichkeit dazu

bekämen. Berührend waren deshalb auch die kleinen Momente am Rand. Eine uralte Frau in Spanish Harlem, die sich aus ihrem Fenster im sechsten Stock lehnte und auf einen Kochtopf trommelte. Eine Ärztin vor dem Brooklyn Hospital Center, die dem vorbeiziehenden Marsch applaudierte und von einem Protestler im Gegenzug eine Rose in die Hand gedrückt bekam. Kinder, die strahlten und tanzten, weil endlich wieder etwas los war. »Ein Aufstand kann die Toten nicht zum Leben erwecken, aber er kann die toten Räume der Städte reanimieren, die Straßen beleben - ›Our Streets!‹, heißt es im Sprechchor, ein städtisch-anarchisches Klischee, das im Moment Sinn ergibt, weil die Straßen anders genutzt werden«, hielt die Künstlerin und Autorin Hannah Black später fest.^[1]

Was machte diese Protestbewegung, von der *New York Times* als die »größte in der Geschichte des Landes« eingeordnet, so besonders? Sicherlich die Intensität und Vehemenz, zweifellos die schiere Masse von Menschen aus allen demografischen Gruppen. Trump und Corona - das Land war schon vorher an seine Grenzen gelangt und darüber hinaus.

Besonders war der Frühsommer 2020 aber auch, weil man für ein paar Wochen nicht wusste, wie es weitergehen, welche Richtung das alles nehmen würde. Tagsüber fanden gigantische Märsche statt, oft parallel, sodass sie sich irgendwann kreuzten und zu maßlosen Massen wuchsen. Nachts explodierten die Unruhen, unberechenbar und roh, wie hätte es anders sein können in dieser Lage. Und morgens stand man auf und fragte sich nicht, *ob* etwas an

diesem Tag passieren würde, das war ja klar, sondern wohin es führt.

Über einen Telegram-Kanal mit dem Namen »NYC George Floyd Announcements«, in dem Aktivist*innen mitschrieben, was über den Polizeifunk lief, konnte man die Unkontrollierbarkeit live verfolgen. Im Minutentakt wurde dort deutlich, wie die Beamt*innen versuchten, bezüglich der Protest-Standorte, Teilnehmerzahlen und außerordentlichen Vorfälle hinterherzukommen.

»Es gibt eine weitere Gruppe am Grand Army Plaza, ich bin mir nicht sicher, vielleicht sind es dieselben? Nochmal 8000.«

»Rund 1500 Leute auf der Canal Street Richtung Osten.«

»3000 Menschen an der 7th Ave, unklar wohin.«

»Ausgangssperre jetzt. Lasst uns ein paar Leute schnappen.«

Das Aufeinandertreffen von Polizei und Protest war oft brutal und niederschmetternd, der ganze Sommer von so viel Tod, Leid und Gewalt geprägt, dass sich die Idee einer daraus schälenden Utopie absurd anhören mag. Doch gleichzeitig gab es eben immer wieder diese Momente beispielloser Solidarität und unvermittelter Freiheit, –

»Magic Actions«, wie es der Autor Tobi Haslett in einem Essay nannte. »Es hat sich etwas in Amerika gewandelt; es pulsiert etwas unter dem Panzer der Parteipolitik«, schrieb Haslett. »Die Rebellion hat nicht nur zu einer Eruption der Wut geführt, sondern den Aufruhr ohne Abbitte in den Rhythmus des politischen Lebens eingebaut.«^[2]

Das Revolutionäre lag in der Ungewissheit und Offenheit, darin, dass plötzlich fast alles auf dem Spiel zu stehen schien und deshalb so vieles möglich. Spricht dieser Eindruck für das Privileg des Bessergestellten? Kann man die Unordnung nur genießen, wenn man die Ordnung hinter sich weiß? Nun, es waren ja gerade die Nicht-Privilegierten, die die Rebellion anführten, junge Schwarze Menschen, viele von ihnen arbeitslos oder prekär beschäftigt, entrechtet und hungrig, Menschen, die immer weniger zu verlieren hatten. *Sie* gaben den Rhythmus vor, keine Politiker, Autorinnen oder NGOs. *Sie* setzten ein Lebenszeichen gegen die allgegenwärtige Morbidität.

»Der Mut war größer, als ich es mir je hätte vorstellen können«, sagte mir Robin Wonsley, eine junge Schwarze Frau aus Minneapolis, die vom ersten Tag der Revolte an dabei war. Die Momente auf der Straße seien »frei von Angst« gewesen, so Wonsley. »Wir hatten das Gefühl, dass wir die ganze Stadt erobern.«

Uprising

Zugegeben, es gibt einige gute Gründe, sich von den Vereinigten Staaten abzuwenden. Kein anderes Land hat sich in dieser Welt so breit gemacht, im übertragenen, aber

auch im wahrsten Sinne des Wortes, als Resultat von Jahrhunderten der Machtausdehnung. Der Amerikanische Exzeptionalismus, diese unnachgiebige Beschwörung der Einzigartigkeit, hat im 21. Jahrhundert nicht nachgelassen. Manchmal wirkt es sogar so, als würde er zunehmen, je dysfunktionaler das Land wird. Während zahlreiche Kommentare im Sommer 2020 zu dem Urteil kamen, dass die USA ein »failed state« seien, ein gescheiterter Staat also, der seine Funktionen und Verantwortungen gegenüber der Bevölkerung nicht mehr erfüllen kann, bestand Donald Trump wie im Wahn auf Amerikas unbändiger Stärke.

Gerade aus der Ferne betrachtet, konnte man in den vergangenen Jahren den Eindruck bekommen, dass das Land nur nach rechts gerückt ist. Trump bestimmte die Schlagzeilen, viele der Entwicklungen und Ereignisse wirken wie eine Warnung, dass noch Düsteres bevorsteht: vom Aufstieg der Verschwörungsideologie QAnon über den Sturm auf das Kapitol bis zu den neuen Abtreibungsverboten, die Liste ließe sich lange weiterführen.

In den USA hat allerdings noch ein anderer Wandel stattgefunden, eine gesellschaftliche Verschiebung, von der seltener erzählt wird und deren Wirkung sich gerade erst entfaltet. Das Land ist nicht nur nach rechts, sondern auch nach links gerückt. Wir erleben eine zunehmende Polarisierung, die insbesondere Beobachter*innen aus der Mitte Angst bereitet, die aber bezogen auf die eine Seite Hoffnung machen sollte. Es haben sich in den USA neue politische Räume ergeben, vor allem jenseits des

Wahlsystems, jenseits der alten Institutionen, jenseits der bekannten Figuren. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es wieder eine amerikanische Linke - und um genau die geht es in diesem Buch.

Es geht um soziale Bewegungen wie Occupy Wall Street und Black Lives Matter, um immer größer werdende Gruppen wie Sunrise Movement und die Democratic Socialists of America. Es geht um neue Formen der politischen Organisation, direkt-demokratische Experimente und antifaschistischen Widerstand. Es geht um Visionen, wie man Wirtschaft und Arbeit fundamental anders gestalten könnte, um Orte und Momente des Wandels. Es geht um Arbeiterinnen, Akademiker, Aktivistinnen und Politiker, die nicht nur beweisen, dass es theoretische Alternativen gibt, sondern zeigen, wo sich die Hebel zur Umsetzung befinden. Es geht um eine Linke, die offensiver, mutiger, radikaler ist als vorherige Generationen - die es auch sein muss, alleine aus Zeitgründen. In der laufenden Dekade wird sich entscheiden, wie bewohnbar diese Erde bleibt. Dem kapitalistischen Status quo, mit seiner Profitlogik, Eigentumsfixierung und Wachstumsnotwendigkeit, sind die Argumente jedenfalls schon vor einiger Zeit ausgegangen.

Wenn ich von »Amerikas neuer Linke« spreche, möchte ich allerdings keine Einheit beschwören, die es in der Realität nicht gibt. Ich meine damit die Vielzahl von Bewegungen und Gegenkräften, die sich entfaltet haben, manche größer, manche kleiner, manche schneller, manche langsamer. Es sind Entwicklungen, die sich oft überschneiden, zum Teil widersprechen, die keinem

singulären Plan folgen, sondern von einer emanzipatorischen Energie angetrieben werden. Wenn man so will, ist die Pluralität und Zerstreuung das bestimmende Merkmal dieser Ära. Dass man aber überhaupt wieder von einer gesellschaftlichen Linken reden kann, das ist die Geschichte hinter den einzelnen Geschichten.

Die Idee für dieses Buch entstand zwar vorher, aber ich wusste erst im Juni 2020, dass ich es wirklich schreiben wollte. So spontan die Unruhen waren und so speziell die Umstände, so deutlich zeigte sich in diesen Wochen eben auch, wie groß der linke Veränderungswillen in den Vereinigten Staaten allgemein ist. Aus diesen Erfahrungen leitet sich der Titel des Buches ab. Uprising, das bedeutet so viel wie Aufstand oder Aufbegehren, direkt übersetzt, heißt es Aufstieg (rising) nach oben (up). Die Protagonist*innen wollen allerdings nicht im Sinne individueller Karrieren nach oben, um von dort zu regieren, in leicht modifizierten Hierarchien. Sie wollen die Hierarchien und Klüfte generell überwinden. »Transformative Macht« nennt die queer-feministische und anti-rassistische Aktivistin Charlene Carruthers diesen Ansatz, der auf der Überzeugung beruht, dass es kollektive Macht braucht, um die Dominanz Einzelner loszuwerden.

Eine Gegenerzählung

Warum sollte man sich dafür in Deutschland interessieren? Zunächst, ganz allgemein, lassen sich die Entwicklungen der Länder kaum voneinander trennen. Allein der Klimawandel spricht dafür, die Probleme und Lösungen zu

verknüpfen, global zu denken, sich über Grenzen hinweg auszutauschen und zu organisieren. Das gleiche gilt für viele andere Bereiche, in denen ein nationales Denken von der Realität eingeholt wird. Wenn Amazon-Angestellte in den USA streiken, spüren das auch ihre Kolleg*innen in Deutschland. Wenn amerikanische Feminist*innen #MeToo starten, tauschen sich etwas später deutsche Migrant*innen und People of Color unter #MeTwo über ihre Erfahrungen mit Rassismus aus. Wenn Bernie Sanders mit der Botschaft eines demokratischen Sozialismus Millionen von Amerikaner*innen begeistert, schöpfen daraus auch deutsche Linke Mut. Wenn in Minneapolis ein Schwarzer Familienvater von der Polizei ermordet wird, gehen von Berlin bis München Zehntausende unter dem Banner von Black Lives Matter demonstrieren.

Diskurse und Ideen schwappen von hier nach dort und zurück. Denn so verschieden die politischen Systeme und Landschaften sind, so ähnlich sind oft die Kämpfe. Der Abbau der öffentlichen Infrastrukturen, die Senkung von Steuern für Unternehmen und Reiche, die Bekämpfung von Gewerkschaften, all das hat nicht nur in den USA massive Spuren hinterlassen, sondern auch in Deutschland. In beiden Ländern wird Armut systematisch produziert und kriminalisiert, weshalb auch das Klassenbewusstsein immer stärker wächst. In beiden Ländern sorgt das jetzige Modell der repräsentativen Demokratie für Frust und Entfremdung. In beiden Ländern beruht Wohlstand auf der Ausbeutung der Menschen im globalen Süden. In beiden Ländern gibt es tausend gute Gründe, die ökonomischen Strukturen, politischen Hierarchien und gesellschaftlichen

Konventionen infrage zu stellen und neue Dinge auszuprobieren.

Natürlich sind die Voraussetzungen andere, allein schon durch die verschiedenen Parteiensysteme. In den USA gibt es zwei große Parteien, die in einem oft lähmenden Antagonismus feststecken. Dass sich Demokraten und Republikaner in den vergangenen Jahren voneinander entfernt haben, liegt allerdings weniger daran, dass die Demokraten so viel linker geworden sind, sondern vielmehr an der Rechtsradikalisierung der Republikaner. Gemeinsam haben beide Parteien hingegen, dass sie seit Jahrzehnten vielmehr die Interessen großer Unternehmen als die der Arbeiter*innenklasse vertreten. Darüber hinaus kommt die Demokratische Partei für amerikanische Linke als politisches Zuhause kaum infrage, weil sie nur wenig Partizipation an der Basis ermöglicht. Das wichtigste Gremium, das Democratic National Committee, ermöglicht nicht mal eine Mitgliedschaft. Wer sich beteiligen will, muss sich also andere Wege suchen.

Im deutschen Mehrparteiensystem – in dem es mit der SPD, den Grünen und den Linken drei große Parteien gibt, die entweder mal links waren oder es immer noch versuchen zu sein – kommt es häufiger dazu, dass (zumindest nominell) progressive Parteien in Regierungsverantwortung stehen. Sarah Leonard, die Herausgeberin des sozialistisch-feministischen US-Magazins *Lux*, sagte mir, dass für sie besonders interessant sei, was in Deutschland passiere, weil man dort beobachten könne, »wie sich linke Parteien in Regierungen verhalten, wo sie erfolgreich waren, wo sie gescheitert sind und wie

sich das Ganze auf die außerparlamentarische linke Bewegung auswirkt«.

Die gewachsenen Strukturen der großen Parteien sorgen in Deutschland dafür, dass die Menschen zumindest auf lokaler Ebene schnell Anschluss finden können. Wer bei einer Partei mitmachen will, kann sich in der Regel bei der nächsten Ortsgruppe melden, und dadurch Mitstreiter*innen kennenlernen. Die Basisstrukturen sind zwar oft verkrustet, aber immerhin gibt es sie. Auch Gewerkschaften sind in Deutschland verwurzelter – ein Resultat der langen sozialdemokratischen Geschichte, die den USA so fehlt. Die Menschen müssen in Deutschland nicht mehr für das Prinzip einer staatlichen Krankenversicherung oder eines Kündigungsschutzes protestieren, diese Kämpfe wurden bereits vor einiger Zeit ausgetragen. Ebenso hat die deutsche Umwelt- und Klimabewegung einen anderen Stellenwert als die amerikanische, erkennbar unter anderem durch die Etablierung und Popularität der Grünen.

Etwas grob gesprochen könnte man festhalten, dass linke Kräfte in den USA über schlechtere Voraussetzungen verfügen. Das Sozialnetz ist desolater, die staatliche Gewalt repressiver. Viele der amerikanischen Institutionen – vom Supreme Court, der von erzkonservativen Richter*innen bestimmt wird, bis zum Wahlrecht, das in vielen Bundesstaaten massiv eingeschränkt ist – machen progressive Veränderungen von unten schwer. Die Wiedergeburt der amerikanischen Linken lässt sich deshalb nicht von der enormen Entfremdung und Verelendung trennen, die dieses Land bestimmen. Gerade weil die

Abgründe hier so offen liegen, ist radikaler Widerstand nötig geworden. Gerade weil die konventionelle Politik so wenig offeriert, haben sich neue Formen, Ideen und Ansprüche gebildet.

Vor allem junge Amerikaner*innen kennen ihr Land eigentlich nur im Notstand. Angefangen mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und seinen außen- und innenpolitischen Konsequenzen über die Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Folgen bis heute zu spüren sind, bis zu Trump und Corona. Die Lücke zwischen Arm und Reich ist im Laufe des 21. Jahrhunderts immer extremer geworden. Zehntausende Amerikaner*innen sterben jährlich aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung, weitere Zehntausende durch Waffengewalt und Opioid-Überdosierungen. Über alledem ragt die Klimakatastrophe, die sich in den USA in Form von Waldbränden, Hurrikans und Überflutungen existenzieller zeigt als in Mitteleuropa. In einer im April 2021 veröffentlichten Studie unter Amerikaner*innen, die einen Umzug planen, sagte die Hälfte der Befragten, dass der Klimawandel bei der Auswahl des nächsten Wohnortes eine Rolle spiele. ^[3] Die Hälfte!

Der britische Ökonom Paul Mason sprach bereits vor über einem Jahrzehnt von einem neuen soziologischen Typ, dem »graduate with no future« (Uniabgänger*innen ohne Zukunft). ^[4] Während die Zahl der Hochschulabsolventen seither weiter gestiegen ist, hat sich der Arbeitsmarkt weiter prekariert. Die Zukunft scheint heute noch kleiner, der Kampf darum noch schärfer. Die treibenden Logiken, der junge Amerikaner*innen unterworfen sind, von der

Schule über den Sport bis zum Job, sind die des Wettbewerbs und der Konkurrenz, wie der Autor Malcolm Harris in seinem Buch *Kids These Days* anhand etlicher Studien und Beispiele aufzeigt. »Junge Menschen fühlen sich [...] weniger in Kontrolle über ihr Leben als jemals zuvor«, konstatiert er.^[5] Dass sich die Generationen Y und Z, also die nach 1980 Geborenen, in den USA deutlich radikalisiert und bei den letzten Wahlen mehrheitlich für den linkesten aller Kandidat*innen, Bernie Sanders, gestimmt haben, wundert angesichts all dieser Faktoren kaum.

Umso interessanter ist es aber im Vergleich zu dem, was in Deutschland passiert, beziehungsweise nicht passiert ist. Zwar gibt es mit Fridays for Future auch hier eine Jugendbewegung, die sich zumindest in Teilen für einen Systemwandel im Sinne des Klimaschutzes einsetzt. Zwar haben sich auch in Deutschland in den vergangenen Jahren neue Kollektive und Initiativen gegründet, die radikalen Ideen folgen. Von so etwas wie einer linken Aufbruchsstimmung kann allerdings keine Rede sein. Bestätigt wurde dieser Eindruck durch die Ergebnisse der Bundestagswahl im Herbst 2021, als die Unter-34-Jährigen überwiegend für die Grünen und die FDP stimmten, zwei Parteien also, die an den grundsätzlichen Machtverhältnissen und ökonomischen Strukturen wenig verändern wollen. Die Wahl war eher eine Wahl der Bestandswahrung als eine des Neuanfangs.

Die These dieses Buches lautet jedoch nicht, dass es in Deutschland keinerlei interessante linke Organisationen, Bewegungen oder Visionen gibt. Angesichts der Größe der

politischen Landschaft wäre das eine lächerliche bis anmaßende Behauptung. Die These lautet vielmehr, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland auf vielen Ebenen zu stagnieren scheint, oder, betrachtet man das Resultat der Linkspartei, sich sogar im Zerfall befindet. Es sind Linke selbst, die mir in den vergangenen Jahren am klarsten vermittelt haben, dass es in Deutschland an überzeugenden Strategien und konkreten Utopien mangelt, dass es schlichtweg zu viele Gründe gibt, sich von der jetzigen linken Politik abzuwenden. In diesem Sinne ist das Buch auch der Versuch einer Gegenerzählung. Ich möchte nicht nur davon berichten, dass sich in den USA außergewöhnliche Dinge entwickelt haben. Ich möchte einen Wandel beschreiben, der Menschen in Deutschland inspirieren könnte.

Was bedeutet links?

In den folgenden zehn Kapiteln beschreibe ich verschiedene Bewegungen, die jeweils ihre eigenen Genesen, Spannungen und Ziele haben. Voneinander trennen kann man sie allerdings kaum, wie im Laufe des Buches hoffentlich erkennbar wird. Die Themen und Kämpfe fließen oft zusammen, ergänzen und beeinflussen sich. Die Protagonist*innen verkörpern mit ihren unterschiedlichen Hintergründen und Lebenskonstellationen auch nicht die einzelnen Bewegungen, sondern sind Teile ihrer, wenn auch bemerkenswerte.

Während ich versucht habe, die großen Entwicklungen einzufangen, kann dieses Buch gewiss keine Vollständigkeit beanspruchen. Schlichtweg zu viel ist in den vergangenen Jahren passiert, um alles abbilden zu können. Das ist auch der Grund, warum es in erster Linie um innenpolitische und sozial-gesellschaftliche Themen geht, während explizit außenpolitische Fragen nicht behandelt werden. So wie ich als Reporter ständig auswähle, mit wem ich spreche und worüber ich schreibe – ohne, dass ich dabei den Anspruch auf »Objektivität« oder »Neutralität« hätte –, trifft auch dieses Buch eine Auswahl, die weder objektiv noch neutral ist.

Als Journalist sollte man sparsam sein mit Taxianekdoten. Sie sind nicht der zuverlässigste Indikator für gründliches Recherchieren oder originelles Schreiben. Deshalb gibt es in diesem Buch nur eine einzige solche Erzählung, und die kommt jetzt: Als ich im Oktober 2020 in Michigan war, in der Nähe der Kleinstadt Muskegon, wollte eine Taxifahrerin, die mein nichtamerikanisches Englisch registriert hatte, wissen, was mich in die Gegend geführt hatte. Wir tauschten ein paar Sätze aus, ich erzählte von dem Versuch, ein Buch über »die amerikanische Linke« zu schreiben, als sie eine Frage stellte, mit der ich, warum auch immer, nicht gerechnet hatte. »What do you mean by ›left‹?«

Was bedeutet links? *Ich* werde diese Frage nicht beantworten, aber ich werde von Menschen erzählen, die es auf verschiedene Weise interpretieren. Mich interessieren dabei vor allem die Momente, in denen aus Beobachter*innen Aktive werden, in denen Politisierung

stattfindet. Ich möchte zeigen, wie sich radikale Ideen verbreitet und vertieft haben, wie die neuen Bewegungen und Organisationen funktionieren, wie linke Macht entstehen kann.

Interessant war die Frage der Taxifahrerin aber noch aus einem anderen Grund. Die Frau, die ihrer Stimme nach vielleicht 40 Jahre alt war, wollte ja nicht wissen, wie *ich* linke Politik definiere, sondern, was das grundsätzlich bedeuten soll: »the left«. Für viele Menschen, das wurde mir in dieser Situation wieder einmal bewusst, bleiben solche Begrifflichkeiten und die dazugehörigen Diskurse leer. Auch das ist kein individuelles Problem, sondern ein Systemfehler. Wenn dieses Buch ein durchgängiges Thema hat, dann ist es deshalb die Frage nach kollektiver Selbstbestimmung. Wie lässt sich Demokratie so organisieren – ob auf Straßen oder Plätzen, in Gruppen oder Unternehmen, durch Räte oder Parlamente –, dass die Menschen sie direkt machen?

1 Amerikas neue Linke

Als Barack Obama am 3. Juni 2008 auf einer Bühne in St. Paul, Minnesota, vor rund 17 000 Unterstützer*innen sprach, herrschte eine progressive Aufbruchstimmung, wie sie das Land in Jahrzehnten nicht erlebt hatte. Der damals 46 Jahre alte Senator aus Illinois war gerade als Sieger aus zwei entscheidenden Vorwahlen hervorgegangen und stand damit als Kandidat der Demokraten für die Wahl im November gegen den Republikaner John McCain fest. Dass die USA erstmals in der Geschichte von einem Schwarzen Präsidenten geführt werden, war nun keine Fiktion, auch keine vage Hoffnung mehr, sondern kurz vor der Realisierung.

Obama sah an diesem Abend frisch aus, trotz aufreibendem Wahlkampf. Dunkler Anzug, hellblaue Krawatte, keine Falten oder grauen Haare, die jedoch bald kommen sollten. Seine Rede war mitreißend wie immer: jugendlicher Charme, gepaart mit staatstragender Entschlossenheit, unterbrochen nur von donnerndem Applaus. Er versprach *hope* und *change*, verkündete einen Neuanfang auf jeder Ebene, nicht zuletzt in der Klimapolitik. Dieser Moment, sagte Obama, könnte der Moment sein, auf den kommende Generationen zurückblicken und erkennen, dass sich der »Anstieg der Ozeane verlangsamt hat und unser Planet zu heilen begann«.

Aus heutiger Sicht erscheinen diese Worte und Bilder nicht nur zeitlich weit weg, fast 14 Jahre sind es mittlerweile. Sie wirken wie der Einblick in eine andere politische Welt, in eine Art Paralleluniversum, in dem es für eine kurze Zeit lang so schien, als könnte ein einziger Mann, ein Superheld namens Barack Obama, alle Sorgen lindern, Weichen stellen und Probleme lösen – fast alleine schon durch seine Präsenz. Nur wenigen anderen Figuren im 21. Jahrhundert wurde eine solche Bedeutung zugesprochen, national und global. Obama war der Grund, warum Linke auf der Straße tanzten, warum Europäer*innen auf die USA neidisch blickten, warum Politikverdrossene wieder an Politik glaubten. Er war die Verkörperung von Fortschritt und Versöhnung, was an seiner Art, seinen Versprechen und am Übermaß an Projektionen lag, die auf ihn gerichtet waren. Obama war ein Symbol. Und er ist auch heute noch ein Symbol, allerdings für etwas anderes: Desillusionierung.

Was die Menschen von seiner Präsidentschaft halten, ist natürlich von der Perspektive und politischen Haltung abhängig. Es gibt Millionen von Amerikaner*innen, die Obama von Anfang an verhindern wollten, weil sie in ihm eine Bedrohung für das Land sahen. Als Donald Trump 2016 seine Nachfolge antrat, muss es sich für diesen Teil der Bevölkerung wie eine Bestätigung angefühlt haben, dass »jemand wie Obama« – was von rechts eigentlich immer eine rassistische Chiffre ist – nicht ins Weiße Haus gehört.

Bemerkenswerter ist allerdings, dass große Teile seiner Anhängerschaft, diejenigen, die Obama leidenschaftlich

unterstützten, für ihn Wahlkampf machten und seine Ideen mittrugen, damals so schnell und tiefgehend frustriert waren. Man könnte es als realpolitische Zwangsläufigkeit bewerten, passiert das nicht bei allen progressiven Amtsträger*innen irgendwann? Die Unzufriedenheit, die Obama massenhaft erzeugte, hatte allerdings eine andere Dimension. Sie stand für die Unzufriedenheit über ein ganzes System, über eine Art des Politikdenkens und -machens, die kaum noch Antworten fand, kaum noch Antworten findet. Und das gilt längst nicht nur für die USA.

Obama und die Leere der liberalen Mitte

Der Politikwissenschaftler Corey Robin schrieb 2019, dass Obamas wichtigstes Erbe in der »produktiven Enttäuschung« liegen könnte, die er unfreiwillig geschaffen habe.^[1] Schaut man sich an, wie die neue amerikanische Linke heute aufgestellt ist, wird deutlich, was Robin damit meinte. Viele der Organisationen und Bewegungen, die nun eine entscheidende Rolle spielen, nahmen während Obamas Amtszeit ihren Lauf, oft in expliziter Opposition zu seiner Politik. Occupy war (auch) eine Antwort auf Obamas Handhabung der Finanz- und Wirtschaftskrise; Black Lives Matter (auch) Ausdruck einer Wut, dass sich der erste Schwarze Präsident nur halbherzig dem Thema Rassismus annahm. Die Zahl der Proteste und Streiks steigerte sich in dieser Zeit. Bernie Sanders' erste Kandidatur entstand als Gegenpol zum Zentrismus der Demokratischen Partei. Will man verstehen, woher die neuen Kräfte in den USA

kommen, landet man also automatisch bei Obama. In vieler Hinsicht bereitete seine Politik überhaupt erst den Nährboden dafür, dass es sie heute gibt.

* * *

Dass die Erde nicht zu heilen begann, wie der 44. Präsident der USA in seiner inzwischen berüchtigten Rede im Sommer 2008 prophezeite, sondern sich weiter fatal erhitzt hat, liegt gewiss nicht nur an ihm. Verantwortlich dafür sind alle Staaten und Konzerne, die das fossile Wirtschaftssystem angetrieben haben und aufrechterhalten; deutlich untergeordnet auch die Wähler und Konsumentinnen, die es unterstützen. Andererseits aber gibt es wenige Personen auf der Welt, die mehr Macht hatten, den Klimawandel mit einer neuen Politik anzugehen, als Obama, der acht Jahre lang an der Spitze der größten Industrienation stand.

Obama brachte 2015 zwar das Pariser Klimaabkommen mit auf den Weg und stellte im gleichen Jahr seinen Clean Power Act vor, untergrub aber mit seiner Energiepolitik zugleich die genannten Vereinbarungen. Die USA lösten unter seiner Führung Russland als größten Erdgasproduzenten und später auch Saudi-Arabien als größten Ölproduzenten ab,^[2] was der Präsident selbst bei Reden immer wieder stolz betonte. Obama trieb trotz aller Warnungen die Öffnung neuer Bohrstellen im Atlantik voran, setzte verstärkt auf Fracking und hob sogar ein jahrzehntelang geltendes Verbot des Rohölexportes auf. Vor allem nutzte Obama die Rezession nicht, um ein grünes Infrastrukturprogramm aufzusetzen, das erneuerbare Energien, nachhaltige Jobs und einen Ausbau des

öffentlichen Transportwesens konsequent verbinden hätte können. Stattdessen schob der Präsident das Thema Klima entgegen aller Ankündigungen in seiner ersten Amtszeit fast ganz zur Seite.

Nicht nur beim Klima versprach Obama einen Neuanfang, ohne ihn zu verfolgen. Auch bei anderen Themen war die Diskrepanz zwischen progressiver Rhetorik und regressiven Entscheidungen eklatant. Er wollte das Immigrationssystem »humaner« machen und wurde zum Deporter-in-Chief. Er kritisierte die »dummen Kriege« seiner Vorgänger und machte Tötungen per Drohnen zum Standard. Er geißelte die Wall Street, nahm aber ihre Spenden an und rettete die großen Player durch gigantische Bailouts. Selbst Obamas wohl größter Erfolg, der Affordable Care Act, ließ das kaputte, unübersichtliche Gesundheitssystem, in dem vor allem die CEOs der privaten Versicherer, Krankenhäuser und Pharmakonzerne gewinnen, im Kern unberührt. Rund 30 Millionen Amerikaner*innen blieben trotz seiner Reform, die als Obamacare bekannt wurde, komplett ohne Krankenversicherung. Einen staatlichen Schutz für alle lehnte er nämlich ab.

Obamas Herausforderungen waren zweifellos enorm, als erster Schwarzer Präsident, der sich einer Republikanischen Partei gegenüber sah, die versuchte, viele seiner Vorhaben schon im Keim zu ersticken. Dass Obama immer wieder bei Kompromissen landete, ist insofern nicht allzu überraschend. Kompromisse an sich sind ja auch nicht das Problem, sie gehören dazu, will man keine autokratische Herrschaft. Andersrum aber sind

Kompromisse auch kein Wert an sich. Die Frage ist doch: Mit wem geht man sie ein? Zu welchem Zweck? Wie sieht der Prozess dorthin aus? Und *wer* bringt sie hervor? Das Kernproblem bei Obama lag zumindest aus linker Perspektive darin, dass seine Politik fast immer mit falschen Kompromissen *begann*.

Er wollte es allen recht machen – der kleinen Minderheit der Multimilliardäre genauso wie der großen Mehrheit der Prekären, der Wall Street genauso wie der Main Street, den fossilen Energieunternehmen genauso wie dem Rest der Menschheit. Am Ende machte er es aber vor allem denen *nicht* recht, die ihn gewählt hatten. Dort, wo es radikale Ansätze gebraucht hätte, verwies Obama auf »Unrealisierbarkeit« und sorgte dafür, dass die Dinge radikal ungerecht blieben. Dort, wo Polarisierung notwendig gewesen wäre, zum Beispiel in ökonomischen Fragen, verschanzte sich Obama hinter »Überparteilichkeit«, was dazu führte, dass die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer wurde. Gerade die Kombination aus entwaffnender Freundlichkeit, progressiver Aura und einer Politik, die am Ende die Machtverhältnisse konserviert, war deshalb am Ende für so viele ein Weckruf. Die Figur Obama repräsentierte einen technokratischen Liberalismus, der für immer weniger Menschen funktioniert.

* * *

Es gibt zahlreiche Artikel und Bücher, die sich mit Obamas gebrochenen Versprechen beschäftigt haben. Was in den vergangenen Jahren jedoch vergleichsweise wenig beleuchtet wurde, ist die Art und Weise, *wie* Obama Politik

gemacht hat – und warum diese Form so viele seiner Wähler*innen verdross. Der Autor Micah L. Sifry hat in einem aufwendig recherchierten Artikel mit dem Titel *Obama's Lost Army*^[3] genau diesen Aspekt untersucht. Sifry erklärt darin, dass Obamas »entscheidender Fehler« bereits vor seinem Einzug ins Weiße Haus geschehen sei: mit der Entscheidung nämlich, die außerordentliche Graswurzel-Energie, die während seines Wahlkampfes entstanden war, verpuffen zu lassen.

Alleine die Plattform My.BarackObama.com, die im Wahlkampf zu einem der entscheidenden Tools geworden war, hatte in der Spitze mehrere Millionen aktive Nutzer*innen. Es gab eine Infrastruktur, aufs ganze Land verteilt, über die sich Obamas Unterstützer*innen austauschten und in lokalen Gruppen organisierten. Sie alle wollten den Mann nicht nur ins Weiße Haus tragen, sondern Politik mitgestalten, so hatte es der Kandidat mit seinem »Yes, we can« ja auch offeriert. Wie genau man die Menschen längerfristig einbeziehen kann, wurde hinter den Kulissen über Monate lang diskutiert. Movement 2.0 sollte das Ganze heißen, die Idee dazu kam von Obamas leitendem Berater Christopher Edley. Und die Bereitschaft war groß. Zwei Wochen nach dem Wahlsieg 2008 sagten bei einer Umfrage 86 Prozent der rund 550 000 Befragten, dass sie den neuen Präsidenten aktiv unterstützen wollten. Umgesetzt wurde das Projekt allerdings nie. Mit Obamas Amtseinführung, so schildert es Sifry im Detail, versandeten die Pläne für immer.

Millionen von Wähler*innen waren nicht nur in ihrem Willen mitzumachen gebremst. Diese aktive Basis fehlte in